

Mersch erinnert an Grenzen der EZB

Notenbanker stemmt sich gegen überzogene Erwartungen –
Wirtschaftsweiser kritisiert Zinssenkung

Nach der überraschenden Leitzinssenkung Anfang November gedeihen die Spekulationen über weitere Hilfen der EZB. Einige Notenbanker aber dämpfen allzu große Erwartungen – und appellieren an andere Akteure.

Börsen-Zeitung, 27.11.2013
ms Frankfurt – EZB-Direktionsmitglied Yves Mersch hat mit klaren Worten an die Grenzen der Europäischen Zentralbank (EZB) erinnert und Banken sowie Regierungen in die Pflicht genommen, ihren Beitrag zur Besserung der Lage im Euro-Raum zu leisten. Es gebe „wirtschaftliche Grenzen dessen, was Geldpolitik erreichen kann“, und es gelte zudem, die „rechtlichen Grenzen“ des EZB-Mandats zu respektieren, sagte Mersch gestern bei einer Konferenz des Instituts for Monetary and Financial Stability (IMFS) in Frankfurt.

Zugleich ermahnte er die Regierungen, mit nötigen Reformen voranzuschreiten, und er forderte die Banken auf, die günstigen Finanzierungsbedingungen, die die EZB mit ihrer lockeren Geldpolitik biete, an Haushalte und Unternehmen weiterzugeben – damit die Kreditvergabe in Gang komme. „Der Ball liegt nun im Feld des Privatsektors und der Regierungen“, sagte der Notenbanker.

Mit seinen Aussagen stemmt sich Mersch gegen allzu große Erwartungen an die Euro-Währungshüter. Nach der überraschenden Zinssenkung

Anfang des Monats auf das Rekordtief von 0,25 % haben Spekulationen und Forderungen rasant zugenommen, was die EZB als Nächstes tun könnte oder sollte. In der Diskussion ist etwa ein negativer Einlagezins, der Banken zur Kreditvergabe ermuntern soll, oder den Aufkauf von Staatsanleihen in großem Stil.

Solche Spekulationen angeheizt haben nicht zuletzt auch Kommentare etwa von EZB-Chefvolkswirt Peter Praet und Vize-Präsident Vítor Constâncio, die solche Schritte explizit als Optionen genannt hatten. Andere wie Bundesbankchef Jens Weidmann oder EZB-Direktionsmitglied Jörg Asmussen haben dagegen vor voreiligen Aussagen und Aktionismus gewarnt. „Wir müssen uns in der Tat unserer Grenzen erinnern“, sagte gestern auch Mersch.

Für Unruhe im Eurotower hat vor allem gesorgt, dass die Inflation im Euro-Raum zuletzt auf 0,7 % gefallen ist. Das ist deutlich unterhalb des Preisziels von knapp 2 %. Die EZB weist zwar Sorgen um eine Deflation zurück, also einen Preisverfall, der eine Wirtschaft lähmen kann. Sie will aber einen ausreichenden Puffer zur Deflation sicherstellen.

Mersch sagte, das Ziel der EZB sei „symmetrisch“ und eine lockere Politik in der aktuellen Situation angemessen. Zugleich betonte er aber die Grenzen. Konkret warnte er auch, Banken sollten nicht zu lange am Tropf der EZB hängen. Die üppige Liquiditätszufuhr sei aktuell „sinnvoll

und nötig“. Sie dürfe aber nicht zur Dauerlösung werden. Sonst könnten Schwierigkeiten der Geldhäuser mit faulen Krediten oder problematischen Aktiva übertüncht werden.

Volker Wieland, Professor für monetäre Ökonomie am IMFS und einer der fünf Wirtschaftsweisen der Bundesregierung, äußerte auf der Konferenz Kritik an der jüngsten Zinssenkung der EZB. Sie sei ein erstes Anzeichen, dass die EZB ihre Geldpolitik länger sehr locker halten wolle, als es beim gegebenen Wachstums- und Inflationsausblick früher der Fall gewesen wäre. Dafür gebe es aber keinen Grund. So seien etwa die Inflationsraten positiv und es gebe keine starke oder dauerhafte Deflation.

Für reichlich Diskussionen sorgte auf der Konferenz auch das umstrittene Staatsanleihekaufprogramm OMT der EZB. Verfassungsrechtler Christoph Degenhart, der Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht gegen OMT vertritt, geißelte das Programm, weil es de facto verbotene Staatsfinanzierung sei. Chiara Zilioli, stellvertretende Generaldirektorin der Rechtsabteilung der EZB, verteidigte OMT. „Geldpolitik hat immer auch fiskalpolitische Implikationen“, sagte auch Ludger Schuknecht, Abteilungsleiter Grundsatzfragen und internationale Wirtschaftspolitik im Bundesfinanzministerium. Die Karlsruher Richter haben ihre Entscheidung jüngst auf 2014 vertagt.